

Ulrich Brand

Ökologie ist keine Luxusfrage

Klimakrise und soziale Ungleichheit gehen uns alle an

Mit diesem Vortrag eröffnete Ulrich Brand die 13. Armutskonferenz am 24. Mai 2022. Er zeigt, dass ökologische Themen keine Luxusfragen sind, setzt sie in Zusammenhang mit imperialen Lebens- und Produktionsweisen und weist auf die Grenzen von ökologischen Reformen im Rahmen des Kapitalismus hin. Die solidarische Lebensweise und die sozial-ökologische Transformation werden als Chance für positive gesellschaftliche Entwicklungen beschrieben.

Armut bekämpfen, Klima retten – und die Wetterprognose ist heiß und stürmisch. Gleichzeitig ist das soziale Klima eher kalt und geprägt von hoher Unsicherheit. Die Politik ist geschäftig, sie tut so, als ob sie klimapolitisch vorankommen würde. Sie will Hoffnung verbreiten, sie will das grüne Projekt einer Ökologisierung des Kapitalismus vorantreiben, was auch in der breiten Öffentlichkeit auf Zustimmung stößt – denken wir beispielsweise an den ganzen Hype um die E-Autos, an dem öffentlich kaum Kritik geäußert wird. Elon Musk, der jetzt bei Berlin eine Tesla-Fabrik hat bauen lassen, wird als eine Art Heilsbringer gefeiert. Es wirkt, als lösten grünes Wachstum und grüne Jobs samt Elektromobilität alle Emissionsprobleme. Ich bin wie Beate Littig aber eher skeptisch, was die Möglichkeiten dieser „Green Jobs“ angeht. Und „grünes Wachstum“ ist ein falsches Versprechen.

Ich beginne auf diese Weise, weil ich denke, dass es gerade in Zeiten von großer Veränderung, von großer Unsicherheit und Frustration – denken wir an den Krieg oder die negativen sozialen Effekte der Corona-Pandemie – Räume braucht, in denen man sich über wesentliche Fragen und Themen verständigen kann: Wo stehen wir? Wie kann Handlungsfähigkeit in bestimmten politischen Feldern erreicht und vergrößert werden? Wie können tatsächlich lebenswerte, gerechte und ökologisch nachhaltige Verhältnisse geschaffen werden?

Dazu möchte ich vier Überlegungen anstellen. Zunächst möchte ich auf die Frage „Warum ist Ökologie keine Luxusfrage?“ eingehen. Die zweite Überlegung behandelt die imperiale Lebens- und Produktionsweise. Warum ist sie so tief verankert und warum ist sie trotz der Zerstörung, die sie anrichtet, so attraktiv? Wichtig ist mir dabei: Die imperiale Lebensweise bedeutet nicht, dass alle gleich leben, sondern sie basiert auf Ungleichheit und sie verlängert Ungleichheit. Bei der dritten Überlegung möchte ich unter der Überschrift „Umkämpfte Zukunft“ argumentieren, dass durchaus auch das Establishment, die Machteliten sowie die herrschende Politik versuchen, mit der Klimakrise umzugehen. Unter dem Begriff „Ökologisierung des Kapitalismus“ habe ich bereits angedeutet, dass diese Versuche der Herrschenden und Mächtigen, die Klimakrise zu bearbeiten, unzureichend sind. Trotzdem sollten wir sie ernst nehmen, da sie eine wichtige Bedingung für weitergehende emanzipatorische und gerechte Lösungs- oder Bearbeitungswege darstellen. Das bringt mich zu meiner vierten und letzten Überlegung, nämlich zu Gedanken zu einer solidarischen Lebensweise und zu einer sozial-ökologischen Transformation.

Warum ist Ökologie keine Luxusfrage?

Wir erleben aktuell die sozial-ökologische Zerstörung der Welt. Dazu zählt nicht nur die Klimakrise, sondern auch der Krieg ist eine sozial-ökologische Zerstörung, weil die Debatten um den Ausstieg aus der Energieabhängigkeit von Russland ja sehr eng geführt werden. Wo bekommen wir jetzt das Gas her, wo die Kohle? Müssen wir die Atomkraftwerke in Europa länger laufen lassen?

Ich bleibe zunächst bei der Klimakrise im engeren Sinn. Diese wird heftig werden, das wird auch in Ländern des Globalen Nordens wie in Österreich zunehmend deutlich: Starkregen und Hitzeperioden traten vor fünf oder zehn Jahren noch viel seltener auf. Da hat man gesagt: „Ja, ja die Klimakrise, aber die betrifft eher den Globalen Süden.“ Jetzt wird sie auch hier erlebbar. In der Folge gibt es Debatten um die Klimafolgenanpassung: Wie wird damit umgegangen, wenn es in Wien oder Salzburg viele Tage mit über 40 Grad gibt oder viele Nächte, in denen die Temperatur nicht mehr unter 20 Grad fällt?

Wir wissen aus wissenschaftlichen Studien, dass Ressourcenverbrauch und Energie-Inputs in wohlhabenden Ländern drastisch reduziert werden müssen. Manche sagen, in den nächsten zwei Jahrzehnten auf 20 Prozent. Also nicht *um* 20 Prozent, sondern *auf* 20 Prozent. Und da ist die vorherrschende Antwort natürlich Technologie, die soll es dann richten. Da braucht es eine kritische Entgegnung: Nein, es muss ein komplexerer Umbauprozess von Wirtschaft und Gesellschaft stattfinden, der gerecht und nachhaltig sein soll.

Es wird ungemütlich und deshalb ist es nicht mehr angebracht – und es war noch nie angebracht – zu sagen, dass Ökologie eine Luxusfrage ist, auch wenn sie in den herrschenden Diskursen als solche deklariert wurde. Aus einer kritischen Perspektive ist die ökologische Frage immer eine soziale Frage, denn die Verursachung der ökologischen Krise ist hochgradig ungleich. Die reichsten 10 Prozent der Welt sind für 50 Prozent der Klimaemissionen verantwortlich. Und auch die Folgen sind höchst ungleich verteilt: Wer lebt in den Stadtteilen mit weniger Grünflächen, an den Straßen, wo Abgase ausgestoßen werden? Das dominante Verständnis der Klimakrise entkoppelt Ökologie und soziale Fragen. Das dominante Verständnis lautet: Die *Menschheit* übernutzt den Planeten. Im Grunde genommen wollen alle immer mehr. Dabei wird kaum unterschieden zwischen den Reichen als den Hauptverursachern der imperialen Lebensweise, und dem Wachstumszwang unserer Gesellschaft einerseits und den ärmeren Bevölkerungsteilen andererseits, die zwar weniger zur Klimakrise beitragen, aber oft viel stärker von ihr betroffen sind – sei es bei uns und vor allem in den Ländern des Globalen Südens.

Die Verantwortung, die Krise zu bearbeiten, liegt bei der Regierung, beim Staat. Dieser soll Regeln aufstellen, die angemessene Rahmenbedingungen schaffen für grüne Investitionen, grünen Konsum, grüne Jobs und grünes Wachstum. Aber aus dieser Perspektive wird Gesellschaft nicht verstanden als Zusammenhang, wo es Machtverhältnisse und starke Interessen gibt, wo es Leute gibt, die Interesse haben an Ungleichheit, nämlich die Wohlhabenden, die gut Verdienenden, die obere Mittelschicht. Und deshalb geht es bei der Klimakrise um diese doppelte Ungerechtigkeit bei der Verursachung und bei den Folgen.

Ich würde noch einen Schritt weitergehen. Ich würde sagen, dass die ökologische Krise selbst anders begriffen werden muss. Die ökologische

Krise ist nicht die Übernutzung des Planeten im Sinne einer Übernutzung der Ressourcen und zu hoher CO₂-Emissionen. Das Problem der Klimakrise ist die Art und Weise, wie die Gesellschaft organisiert ist, wie wir Mobilität, Ernährung, Wohnen, industrielle Landwirtschaft, Automobilität oder den Flugverkehr organisieren. Da wird schon wieder deutlich, wie ungleich das ist: Wer fliegt? Wer hat ein fettes Auto, die große Wohnung? Die ökologische Krise ist nicht „da draußen“, sondern sie ist im Kern eine Krise der kapitalistischen, auf Expansion angelegten Produktions- und Lebensweise. Das ist eine Blickverschiebung. Dann geht es nicht nur darum, die CO₂-Emissionen zu reduzieren und von fossilen auf erneuerbare Energien umzustellen. Alle Studien zeigen, dass die erneuerbaren Energien die fossilen nicht ersetzen, sondern nur ergänzen, weil es weiterhin einen Wachstumszwang gibt. Die Annahme, dass die erneuerbaren Energien die fossilen Energien ersetzen würden, ist daher bisher falsch. Doch wir müssen weitergehen und darüber nachdenken, wie der Energieverbrauch tatsächlich reduziert werden kann. Vor allem muss es darum gehen, Versorgungsfelder wie Mobilität, Ernährung oder Wohnen zu verändern. Wir müssen bei der ökologischen Krise über Kapitalismus, über Ungleichheit sprechen. Und wir sollten sie nicht auf die Gier der Menschen, die immer nur mehr wollen, zurückführen. Das ist meine erste Überlegung.

Die Attraktivität der imperialen Lebensweise

Die zweite Überlegung ist folgende: Die kapitalistische Produktions- und Lebensweise ist gerade in einem Land wie Österreich, im Globalen Norden, für viele Menschen attraktiv. Weil sie auf dem Land ein Auto brauchen, weil es doch cool ist, wenn die Flüge so billig sind und man für € 19,90 von Wien aus zum Fußballspiel von Real Madrid fliegen kann. Es sind also nicht nur die Reichen, die die Klimakrise verursachen, sondern auch viele andere. Trotzdem sollten zuerst die Mächtigen und Reichen kritisiert werden. Ich sage das hier mal öffentlich: Elon Musk muss scheitern. Es ist ja nicht so, dass er die Welt rettet. Sein Geschäftsmodell zielt auf fette Autos ab. Das ist ja nicht das Drei-Liter-Äquivalent zum Auto, sondern er will einfach Profit machen. Und er betreibt SpaceX. Es ist zynisch zu sagen, wir verpulvern die ganzen Ressourcen, damit ein paar Reiche mal eine halbe Stunde auf die Erde gucken können oder

wir auf dem Mars landen, und gleichzeitig tue ich so, als ob ich der ökologischste Unternehmer der Welt wäre. Manche haben das vielleicht mitbekommen: Er wurde wütend, als er kürzlich aus dem Nachhaltigkeitsindex geflogen ist.

Aber die imperiale Produktions- und Lebensweise ist eben auch im Alltag der Vielen vorherrschend: Wenn wir Handys konsumieren, wenn wir in der Automobilfabrik arbeiten, wenn die unter ausbeuterischen Bedingungen gefertigten Vorprodukte wie Aluminium importiert werden, wenn Billigfleisch mit Futtermitteln aus dem Globalen Süden produziert und konsumiert wird, dann schafft das hier Alltag, und der ist von vielen auch gewollt. Das meine ich nicht moralisch oder moralisierend, sondern es geht darum, zunächst einmal zu begreifen, wie sich hier in Österreich, in Europa, vor allem Westeuropa, das Leben reproduziert. Wie hier gelebt wird, basiert auch (wenn gleich nicht nur) darauf, dass woanders unter teilweise katastrophalen ökologischen und sozialen Bedingungen Güter produziert werden, die hier in den Produktionsprozess übergehen oder in den Konsum. Dabei kann „woanders“ im Globalen Süden sein, aber auch im Marchfeld bei der Ernte oder in der Fleischfabrik von Tönnies. Der Kapitalismus und die imperiale Lebensweise kümmern sich nicht um die Voraussetzungen ihres Konsums, sondern begründen diese teilweise noch mit den „faulen Leuten“ im Globalen Süden – die sollen sich mal entwickeln und fleißig sein. Das ist strukturelle Sorglosigkeit! Mir geht es zunächst einmal um ein Verständnis der tiefen Verankerung einer bestimmten Produktions- und Lebensweise, die dauernd ihr Äußeres braucht, ihr Äußeres hier in Österreich und Europa, in Osteuropa und im Globalen Süden. Stephan Lessenich hat das als „Externalisierungsgesellschaft“ bezeichnet, also als eine Gesellschaft, die permanent ihre negativen Voraussetzungen und Folgen unsichtbar machen muss.

Gerade in Zusammenhang mit politischen Strategien ist der wichtige Punkt, dass in weiten Teilen der Gesellschaft das gute Leben nicht als ein auskömmliches, sinnerfülltes Leben verstanden wird, das versucht, nicht zu zerstören. Ganz im Gegenteil ist das „gute Leben“, das uns Musk oder Amazon und viele andere verkaufen wollen, das ressourcenintensive und verschwenderische Leben. Dabei gilt es auch zu berücksichtigen: Die herrschende Wissenschaft sagt zwar immer, am Ende sind es die Konsument*innen, die ent-

scheiden, was produziert wird, und nicht Musk – wenn die grün wollen, ist es grün. Aber der Kapitalismus hat mit Macht zu tun hat, mit Strategien von Unternehmen. Die Produktionsnormen des jetzt schon übernächsten Handys, die werden ja in den Entwicklungsabteilungen der Handyunternehmen festgelegt. Trotz *Fairphone* gibt es da kaum Handlungsspielraum für Konsument*innen.

Es geht also um Macht. Außerdem geht es um machtvolle staatliche Strategien, etwa Freihandelsstrategien, die tendenziell die mächtigen Länder und Unternehmen bevorteilen – die EU spricht beschönigend von „Ressourcendiplomatie“. Vielmehr handelt es sich dabei jedoch um *Ressourcenimperialismus*: Es geht um die Sicherung der Rohstoffe für die europäische Industrie. Denken wir doch nur an Lithium, das jetzt in die Batterien fließen soll und das im Lithium-Dreieck Chile-Argentinien-Bolivien zu unmöglichen Bedingungen gefördert wird.

Um diese zweite Bemerkung abzuschließen, möchte ich eine Kritik zurückweisen, die beispielsweise Klaus Dörre, der auch schon hier auf der Armutskonferenz war, am Konzept der imperialen Lebensweise, das von meinem Co-Autor Markus Wissen und mir stammt, jüngst formuliert hat. Dörre behauptet, wir würden mit der imperialen Lebensweise den Gesellschaften bzw. den Menschen im Globalen Norden unterstellen, sie würden eine Art Beutegemeinschaft bilden, um den Globalen Süden und die globale Natur auszubeuten. Es wundert uns, dass eine solche Kritik von Klaus Dörre kommt, den wir gut kennen und der sich intensiv mit der imperialen Lebensweise auseinandergesetzt hat. Denn: Unser Argument ist gerade nicht, dass alle Katzen grau sind und alle auf die gleiche imperiale Weise leben. Wir argumentieren vielmehr, dass es enorme Ungleichheiten gibt. Die imperiale Lebensweise weitet sich entlang des „Geldbörserls“ aus, sie erweitert bestimmte Handlungsmöglichkeiten, sie schafft durchaus materiellen Wohlstand und sie ist die Grundlage für eine Teilhabe am Alltagsleben – aber sie beutet auch Menschen und Natur aus.

Daher gehen wir weiter und sagen: Die imperiale Lebensweise braucht die soziale Ungleichheit, sie braucht die Ausbeutung, die Hierarchisierung in Österreich, die Bullshit-Jobs, die schlecht bezahlte Pflegearbeit, die Abstiegsgangst. Armut heißt Ausgrenzung. Diese Seite ist uns wichtig, denn sie

hält die imperiale Lebensweise am Laufen: „Ich will es besser haben, ich will besser sein als die Armen, die Ausgegrenzten.“ Konsum ist somit auch immer Statuskonsum. Um es zusammenzufassen: Die imperiale Lebensweise verschafft vielen Menschen materiellen Wohlstand, aber der ist ungleich verteilt, und er basiert auch hier in Österreich auf Ausbeutung.

Hinzu kommt, dass die imperiale Lebensweise ein Zwang ist. Sie wird zwar nicht so empfunden, aber es ist verdammt schwer, aus ihr auszusteigen. (Ich werde später auf Alternativen wie eine solidarische Lebensweise zu sprechen kommen.) Die imperiale Lebensweise ist keine Frage der individuellen Entscheidung. Natürlich haben wir Handlungsspielräume und können durchaus teilweise entscheiden, welche Nahrungsmittel wir kaufen oder wie wir uns fortbewegen. Aber gesamtgesellschaftlich gesehen sind beispielsweise die Infrastruktur für Auto- und Luftverkehr oder die industrielle Landwirtschaft so tief in unserer Gesellschaft verankert, dass wir ihnen kaum entkommen können. Also können wir einen Umbauprozess nicht nur auf dem Rücken der Konsument*innen stattfinden lassen, ganz nach dem Motto „Wenn alle nur grün konsumieren, wird es gut“. Gerade die jungen Leute können ja vor moralischer Last kaum gehen, weil sie nicht mehr wissen, was sie konsumieren sollen. Aber das ist gefährlich, denn dabei handelt es sich um eine Individualisierung von Verantwortung. Die Verantwortung bleibt dann bei den Individuen – und die starken Unternehmen, die Vermögenden, diejenigen, die die Profite machen, bleiben schön draußen. Das ist nicht die Diagnose der imperialen Lebensweise, auch nicht die der solidarischen Lebensweise.

Umkämpfte Zukunft

Meine dritte Überlegung ist relativ kurz. Ich will auf eine Ausdifferenzierung hinweisen, wie mit der Klimakrise umgegangen wird, die politisch-strategisch wichtig ist. Natürlich gibt es die Trumps, die Bolsonaros, die Leugner – ich benutze bewusst die männliche Form –, die Leugner der Klimakrise. Diese wollen eine autoritäre Stabilisierung der imperialen Lebensweise: „America first“, Zaun, Mauer an der Grenze zu Mexiko, bloß niemand rankommen lassen an unsere Lebensweise. Diese Perspektive gibt es und die ist auch ernst zu nehmen.

Es gibt aber auch noch Vertreter*innen eines anderen Zugangs: Diese wollen den Kapitalismus zwar ökologisch modernisieren, aber nicht aus der Wachstumslogik aussteigen. Ich möchte diesen Zugang nicht denunzieren, er muss aber in seinen Grenzen verstanden werden. Ich möchte an dieser Stelle auch nicht Leonore Gewessler anklagen, aber ich habe der Klimaministerin bereits zweimal gesagt: „Frau Ministerin, Ihre Initiativen sind total wichtig, aber Sie können doch nicht behaupten, es reicht, wenn wir auf E-Autos umsteigen.“ Natürlich wird das öffentliche Verkehrssystem jetzt umgebaut, es gibt ein Klimaticket usw. Aber es gibt keine Infragestellung dieser enormen Dynamik des Umstiegs auf E-Autos – „Der Energieverbrauch wächst halt“, heißt es dann. Aber: Wofür wächst er denn? Was steckt dahinter? Wir haben gar kein Wissen darüber, wofür Energie genutzt wird. Wir wissen nur, dass es halt irgendwie immer mehr wird. Digitalisierung – das große Versprechen der 90er Jahre – macht alles „sauber“. Das wurde damals als ökologische Lösung angepriesen. Heute wissen wir: Die Digitalisierung ist ein riesiges, dreckiges Problem, was die Produktion dieser Geräte wie auch ihren Stromverbrauch betrifft.

Solidarische Lebensweise und die sozial-ökologische Transformation

Deshalb, und so komme ich zu meiner vierten Überlegung, brauchen wir einen weitergehenden sozial-ökologischen Umbau, ein anderes Wohlstandsmodell. Ich bin keiner, der für Verzicht argumentiert, schon gar nicht auf einer Armutskonferenz. Das würde ich vielleicht bei der Industriellenvereinigung machen, denn die Reichen müssen sicher verzichten. Aber es geht aus meiner Sicht vor allem darum, die subjektiven Voraussetzungen und die gesellschaftlichen Bedingungen für eine hohe Lebensqualität zu schaffen. Eine hohe Lebensqualität ist nicht der achte Billigflug im Jahr oder das noch fettere Auto oder das E-Auto als Drittwagen. Sondern es geht darum, Mindeststandards von guten, auskömmlichen Lebensbedingungen zu schaffen, die nicht als Verzicht wahrzunehmen sind. Die Essenz des Postwachstums- oder Degrowth-Begriffs ist ein anderes Wohlstandsmodell, das bei den Bevölkerungsmehrheiten nicht als Verzicht wahrgenommen wird.

Wir brauchen in 20 Jahren oder in 15 Jahren, vielleicht auch schon in 10 Jahren – die Zeit läuft – ein völlig anderes Mobilitätssystem. Wenn das gelin-

gen soll, muss es um mehr gehen als nur um E-Auto-Mobilität – es müssen massive Investitionen in den öffentlichen Verkehr stattfinden und es muss ein massiver Umbau der Raumstruktur erfolgen. Die Wege werden ja immer länger. Mein Kollege Heinz Högelsberger von der Arbeiterkammer Wien hat gezeigt, dass sich die Leute seit Jahrzehnten im Durchschnitt drei Stunden am Tag bewegen – zur Arbeit, zum Einkaufen, in der Freizeit usw. Sie werden dabei immer schneller, aber die Distanzen werden immer größer, weil die Funktionsorte unseres Lebens immer weiter auseinandergehen.

Ein anderes Feld ist die Ernährungsweise. Studien der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) belegen seit vielen Jahren, dass wir raus müssen aus der industriellen Landwirtschaft, auch wenn das im Land des „Menschenrechts auf das tägliche Schnitzel“ ein riesiges Thema ist. Da sind wir wieder bei der Produktionsweise. Es geht ja nicht darum, den Schnitzelkonsum moralisch zu bewerten, sondern die Fleischfabriken müssen geschlossen werden – aus ethischen, aus sozialen und aus ökologischen Gründen, genauso, wie wir ja auch keine Kinderarbeit akzeptieren, genauso, wie wir sagen, SUVs sind okay, aber mit dem richtigen Panzer kann man halt doch nicht durch Salzburg fahren. Dafür gibt es Regeln. Und aus dem gleichen Grund muss es Regeln geben für Fleischfabriken.

Weiters geht es aus meiner Sicht um attraktive Narrative. Wie sieht denn ein autobefreites Salzburg oder Wien in 15 Jahren aus? Welche politischen Entscheidungen müssen heute getroffen werden? Das Aus für den Lobau-Tunnel ist deshalb so wichtig, weil es den Einstieg in den Umstieg schafft. Damit ist ja am Ende noch nicht so viel gewonnen, aber wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über andere Verkehrs- und Mobilitätssysteme.

Ein weiterer Aspekt eines sozial-ökologischen und gerechten Wohlstandsmodells ist aus meiner Sicht das, was in der Forschung – Andreas Novy ist hier für Österreich besonders wichtig – als „sozial-ökologische Infrastruktur“ bezeichnet wird. Wir brauchen eine Infrastruktur, die ein gutes Leben ermöglicht und ein Stück weit unabhängig vom Geldbörsel ist. Wir haben ja in Österreich zum Glück noch eine sehr gute Gesundheitsversorgung. In Ländern, wo diese privatisiert ist, hängt es an meiner Kreditkarte, ob ich im Notfall eine Gesundheitsdienstleistung bekomme. Im Bildungssystem ist es genauso.

Trotz aller Kritik an einzelnen Aspekten (wie etwa an den Arbeitsverhältnissen) haben wir in Österreich für viele Menschen eine gute soziale Infrastruktur. Aber diese muss ausgebaut werden für jene Menschen, die in schwierigen Lebenslagen sind, die beispielsweise von Armut betroffen sind, damit auch sie die gesellschaftlichen Bedingungen haben, um auskömmlich leben zu können. Das ist die Idee der sozialen Infrastruktur neben der materiellen Infrastruktur. Aber dieses auskömmliche Leben muss sich auch der ökologischen Frage stellen. Traditionell heißt gesellschaftliche Teilhabe für die, ich sage mal jetzt bewusst, „Betonsozialdemokratie“: Auto, Öffis und auch noch ein billiger Flug ab Schwechat. Aber das geht nicht. Soziale und materielle Infrastruktur im Verkehrssektor sichert das Recht auf Mobilität – auf gute, günstige, sichere Mobilität und eine gute Anbindung, auf dem Land z. B. mit Sammeltaxis. Es muss ja nicht überall das Gleis hingelegt werden oder der Bus hinfahren. Es gibt viele Ideen, eine solche Mobilität ernst zu nehmen und politisch umzusetzen.

Eine sozial-ökologische Infrastruktur muss also sowohl sozialen als auch ökologischen Kriterien entsprechen. Dazu zählen ein gutes öffentliches Verkehrsnetz oder die Möglichkeit, sich auf individueller Ebene oder in der Mensa gut zu ernähren, mit sozial und regional produzierten Lebensmitteln. Außerdem sollte eine Stadtentwicklung, die sozialen Wohnungsbau fördert und für gemischte Stadtstrukturen sorgt, ausgeweitet werden.

Solidarische Produktions- und Lebensweise

Eine solidarische Produktions- und Lebensweise braucht nicht nur die Ermöglichung des guten Lebens für alle im Sinne von Mindeststandards. Sie benötigt auch Obergrenzen. Wir müssen uns gesellschaftlich darüber verständigen, dass bestimmte Dinge in dieser Gesellschaft nicht gehen. Es ist nicht zu akzeptieren, was die interessierte Gegenseite sagt, dass es „Verbotspolitik“ sei, was progressive Grüne oder eine progressive Sozialdemokratie machen. Das Freiheitsverständnis des Kapitalismus und der imperialen Lebensweise ist folgendes: „Ich lasse die Sau ’raus, weil ich es mir leisten kann, das ist Freiheit. Und misch dich da bitte nicht ein.“ Umgekehrt aber ist es richtig: Eine Freiheit, die die Gesellschaft und die Mitmenschen ernst nimmt, ist eine Freiheit, die nicht auf Kosten anderer und der Natur geht. Sie basiert nicht permanent auf

Ausbeutung und einer imperialen Produktions- und Lebensweise.

Unterlassen heißt Genügsamkeit. Das Unterlassen im Sinne der Freiheitsschreier hingegen meint: Der Staat soll sich bloß nicht einmischen. Das ist eine negative Freiheit, eine Freiheit im Sinne von „Lass mich in Ruhe! Wenn ich den SUV als Zweitwagen will, ist das doch meine Sache, wenn ich das Geld habe. Das Geld habe ich doch verdient.“ Das ist also ein völliges Weggehen von den gesellschaftlichen Bedingungen.

Eine solidarische Produktions- und Lebensweise muss damit einhergehen, dass in vielen Bereichen die Profitdominanz zurückgedrängt wird. Zum Beispiel sollten die Städte umsichtiger entwickelt werden. Natürlich sollte es Privatinvestitionen in Städten geben. Aber die Logik, dass Städte jetzt weiterentwickelt werden, weil vor allem privat und in entsprechende Größen von Wohnungen investiert wird, was auch nicht sehr ökologisch ist, das muss zurückgedrängt werden.

Das alles bündelt sich im Prinzip der Sorge. Nicht mehr die Profitökonomie steht im Zentrum, sondern die Sorgeökonomie, die Care-Ökonomie – die Sorge für uns selbst, für andere, für die Gesellschaft und für die Natur.

Ein radikaler, also ein an die Wurzeln gehender, ein an die Profitwurzeln, die Expansionswurzeln, die Machtwurzeln gehender Umbau der Produktions- und Lebensweise geht auch mit einem Verlernen einher. Die dominante Debatte dreht sich weiterhin um technologische und soziale Innovation, doch dabei kommt man schnell an Grenzen. Ich hatte vor ein paar Wochen eine Diskussion mit dem bekannten deutschen Ökonomen und früheren Vorsitzenden des Rats der „Wirtschaftsweisen“ Lars Feld zu Wachstum und Wachstumskritik. Er hatte auf alle Probleme und Krisen eine Antwort – die Antwort sei Innovation und technologischer Fortschritt, ganz einfach. Aber die Tatsache, dass wir als Gesellschaft in einer tiefen Krise sind, dass wir auch ganz andere Ansätze brauchen, jenseits der Logik von Wachstum und technischer sowie sozialer Innovation, wird zu wenig berücksichtigt. Es geht auch um folgende Frage: Wie können wir als Gesellschaft manche Gewohnheiten hinter uns lassen?

Harald Welzer, der Sozialpsychologe, oder auch Niko Paech sprechen von Ruinen des Fortschritts. Wie können wir Ruinen des Fortschritts als Ruinen deklarieren? Das heißt nicht, dass wir gar keine Autos mehr haben werden.

Aber die mittelfristige Abschaffung des autozentrierten Mobilitätssystems, dass wir mittelfristig nur noch 10 Prozent der Autos haben und dafür ganz tolle andere Verkehrssysteme, wäre denkbar. Das geht einher mit einem Umbau der Autoindustrie – Österreich ist ja ein wichtiger Zulieferer der Autoindustrie. Der Umbau heißt ja Rückbau von bestimmten Branchen. Wie kann dieser sehr widersprüchliche, schwierige Umbauprozess gestaltet werden, ohne auf dem Rücken der Beschäftigten zu erfolgen? Es geht also auch um ein gesellschaftliches Verlernen und um ein gesellschaftliches Neu-Lernen.

Die Politik den Klimafolgen anpassen

Ich komme jetzt zu zwei Schlussgedanken. Beim ersten komme ich zurück zur Klimafrage. Bisher wird die Klimafrage sehr stark als Klimaschutz verhandelt – dabei geht es um eine Reduktion der CO₂-Emissionen und einen Umbau des Energiesystems und anderer Versorgungssysteme; „Dekarbonisierung“ ist hier das Zauberwort. Das ist ein wichtiges Thema, doch noch wichtiger sind Fragen der Klimafolgenanpassung: Wie gehen wir z. B. mit Überschwemmung oder Dürren um? Ihr kennt alle diese berühmten oder eher berüchtigten Bilder aus Kanada aus dem Jahr 2021. 45, 48 Grad und die Menschen müssen in gekühlten Turnhallen übernachten, weil der Körper das nicht mitmacht. Mein Argument wäre hier: Wir sollten diese Klimafolgen aus einer kritischen, emanzipatorischen Perspektive ernst nehmen und die Politik den Klimafolgen anpassen. Ich sage das deshalb, weil die bisherige Bearbeitung der Klimafolgen, zu denen es bereits eine riesige Fachdiskussion gibt, rein technisch ist. Aber die soziale Dimension, die Ungleichheitsdimension der Klimafolgenanpassung wird in der Regel ausgeblendet. Jetzt soll man halt Saatgut entwickeln, damit auch der Wein weiter im Norden wachsen kann usw. Aber was solch ein Umbauprozess gesellschaftlich heißt, das wird ausgeblendet.

Was tun?

Mein zweiter Schlussgedanke schließt an zwei berühmte Fragen an: „Was tun?“ (Lenin) und 100 Jahre später an diesen anknüpfend: „Und wer zum Himmel tut es?“ (David Harvey, Geograph). Wie und von wem also können Veränderungsprozesse eingeleitet werden?

In der Debatte um einen solidarischen Umgang mit der Klimakrise gibt es zwei Argumentationsmuster. Das eine Muster ist die Bewegung von unten, die Bewegung für Klimagerechtigkeit wie z. B. „System Change, not Climate Change“ oder „Fridays For Future“. Diese Bewegungen politisieren und machen den Lobby-Tunnel oder den Flughafen in Wien zu großen Themen. Das ist wichtig. Doch darüber hinaus muss der Staat handeln. Er muss eine zentrale Rolle beim Umbau unserer Gesellschaft spielen, denn es geht auch um die Veränderung von Machtverhältnissen. Es reicht nicht, wenn die Leute ökologisch konsumieren – die fossilen Konzerne oder die Automobilkonzerne müssen in Frage gestellt werden.

Aber dazwischen wird etwas übersehen: Innerhalb der Institutionen – ob das der Staat ist, die Wissenschaft, die Sozialverbände, zivilgesellschaftliche Organisationen oder die Unternehmen selber – gibt es durchaus die Bereitschaft zur Veränderung hin zu einer sozialeren und ökologischeren Gesellschaft (wenn auch nur bei einer Minderheit). Dort gibt es viele, die die Klimakrise auch als eine soziale Krise ernst nehmen und einen weitgehenden Umbau wollen. Meine abschließende Überlegung lautet: Wir sollten diese Menschen – seien es Lehrer*innen, Menschen in NGOs, im Staatsapparat oder in der Wissenschaft – ermutigen, anders zu handeln.

Aus meiner Sicht ist dieser Bereich sehr wichtig und bedeutsam für den Zusammenhang von Klimakrise, Armut, Armutsbetroffenheit und sozial-ökologischem Umbau der Gesellschaft. Sollten nicht auch jene, die im Spektrum der Armutskonferenz aktiv sind und arbeiten, darüber nachdenken, welches Wissen es bereits über die Klimakrise gibt? Und darüber, welche Handlungsfähigkeiten bestehen und ob es den Willen zur Veränderung gibt? Dafür braucht es Foren wie dieses hier, wo wir uns erst einmal die Dimension der Klimakrise und ihre sozialen Implikationen bewusst machen, aber dann auch zum konkreten Handeln im eigenen beruflichen Alltag – neben dem „privaten“ Alltag – kommen.

Ulrich Brand lehrt und forscht als Professor für Internationale Politik an der Universität Wien unter anderem zur sozial-ökologischen Krise sowie zu entstehenden Alternativen. Er ist zudem Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Initiative „Diskurs. Das Wissenschaftsnetz“.

DER ARTIKEL ENTSTAMMT DEM BUCH



**Herausgegeben von
Die Armutskonferenz, Margit Appel, Alexander Brenner-Skazedonig,
Verena Fabris, Gunter Graf, Alban Knecht, Sandra Matzinger,
Robert Rybaczek, Martin Schenk**

BoD-Verlag

Online: www.armutskonferenz.at/buch-es-brennt

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
-------------------------	-----------

FLÄCHENBRAND: Die großen sozial-ökologischen Problemfelder

Ulrich Brand

Ökologie ist keine Luxusfrage

Klimakrise und soziale Ungleichheit gehen uns alle an.....	17
--	-----------

Stephan Lessenich

Klima – Klasse – Konsum

Ungleichheitsdynamiken in der ökologischen Krise.....	31
---	-----------

Karin Fischer

Klima-Kolonialismus

Die Klimakrise als globale Verteilungs- und Gerechtigkeitskrise.....	43
--	-----------

Judith Kohlenberger

Migration bekämpfen, Klima retten?

Chancen einer sozial-ökologischen Transformation der Asyl- und Integrationspolitik	51
--	-----------

GLUTNESTER: Dimensionen der sozial-ökologischen Transformation

Beate Littig

Die sozial-ökologischen Zukünfte der Arbeitsgesellschaft

Eine geschlechterpolitische Bestandsaufnahme.....	61
---	-----------

Ilja Steffelbauer

Mangel- und Fehlernährung als historische und aktuelle Herausforderung

Ernährungssouveränität als Lösung.....	73
--	-----------

Elisa Klein Díaz und Michaela Moser

Ernährungssouveränität weiterentwickeln

Bestehende Initiativen und notwendige Schritte.....	83
---	-----------

Christine Sallinger

Armutsbetroffene sind Klimaschutzweltmeister*innen

Ein Kommentar.....	89
--------------------	-----------

Hanna Braun, Iris Frey, Martin Schenk, Felix Steinhardt

Energiegrundsicherung

Warum wir ein Recht auf saubere Energie haben und der Markt es nicht richten wird.....**95**

Johannes Seidl

Menschenrecht Wohnen

Ein Kommentar.....**105**

Alexander Brenner-Skazedonig, Lina Mosshammer

Die klimasoziale Mobilitätswende

Raus aus dem teuren Autozeitalter.....**109**

Hedy Spanner im Gespräch mit Alban Knecht

Transformative Bildung und soziale Ungleichheit

Ein Interview.....**117**

BRANDSCHUTZ: Sozial- und klimapolitische Feuerlöscher

Susanne Elsen

Soziale und solidarische Ökonomie

Armut verhindern und ökosoziale Transformation verwirklichen**123**

Gabriele Winker

Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima

Eine konkrete Utopie für eine solidarische Gesellschaft.....**135**

Marie Chahrou

Nachhaltige Arbeit

Ein Weg zu einem guten Leben für alle**147**

Clara Moder und Jana Schultheiß

Klimasoziale Politik

Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialstaats in der Klimakrise**153**

Rafael Wildauer

Armutsbekämpfung durch Vermögenssteuern finanzieren

Das Beispiel Österreich.....**163**

Wolfgang wodt Schmidt

Wer brennt's? – Wer zahlt's?

Die öko-soziale Steuerreform konsequent denken

Ein Kommentar.....**173**

Michaela Haunold

Den öffentlichen Raum klimafit für alle gestalten

Eine Ideensammlung.....179

Anja Eberharter

Kein sozial ohne ökologisch!

Klimaschutz im Sozialen Sektor braucht adäquate Rahmenbedingungen.....183

Yannick Liedholz

Klimagerechte Soziale Arbeit

Drei Schritte auf dem Weg dorthin.....189

Robert Blum

Who cares?

Die Sozialarbeitspraxis in der Klimakrise.....197

Verena Fabris, Martin Schenk

Es brennt! Armut bekämpfen, Klima retten

Ergebnisse der 13. Österreichischen Armutskonferenz.....207

DIE ARMUTSKONFERENZ.

Es ist genug für alle da!

Armut bekämpfen. Armut vermeiden.

Die Armutskonferenz ist seit 1995 als Netzwerk von über 40 sozialen Organisationen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen aktiv. Sie thematisiert Hintergründe und Ursachen, Daten und Fakten, Strategien und Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich. Gemeinsam mit Armutsbetroffenen engagiert sie sich für eine Verbesserung von deren Lebenssituation.

Die in der Armutskonferenz zusammengeschlossenen sozialen Organisationen beraten, unterstützen und begleiten über 500.000 Menschen im Jahr.

www.armutskonferenz.at

Die 13. Österreichische Armutskonferenz und diese Publikation wurden gefördert von

 Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

 Bundesministerium
Arbeit

 Bundeskanzleramt







klimaaktiv



Lebens skizzen

„Lebensskizzen“ macht den Alltag derer sichtbar, die nicht im Licht stehen. Verstärkt die Stimmen, die gewöhnlich überhört werden. Erzählt Geschichten, von denen keiner erzählt.

EVA

Ich bin die Bewohnerin in der Siedlung, die sicherlich die meisten Gartenbegehungen und Hausbegehungen über sich ergehen lassen musste. Gartenbegehung, gut, soll sein, obwohl das ein Eckhaus ist und sie jederzeit alles auch von draußen sehen können. Aber gut, ist auch lustig anzuschauen, wenn eine Prokuristin mit Seidenkleidchen, Nerzmäntelchen und Stöckelschüchen im November in meinem Wildgarten herumstakt...



*Lies Evas ganze
Geschichte hier*



Klientel mit Schuldenproblemen?

Dachorganisation asb



Online-Informationsveranstaltung zum Privatkonkurs

In 120 Minuten werden via Zoom Warnsignale bei Menschen mit Schuldenproblemen sowie Grundlagen zu Privatkonkurs, offenkundiger Zahlungsunfähigkeit und Gesamtvollstreckung vermittelt.

FinanzCoaching – Erste Schritte aus der Schuldenfalle

In diesem zweitägigen Präsenzseminar wird fundiertes Grundlagenwissen für den Umgang mit verschuldeten Klient*innen vermittelt. Darüber hinaus werden die einzelnen Instrumente der Schuldenregelung vorgestellt. Als Unterlage gibt es das 273 Seiten starke FinanzCoaching-Handbuch.

*Bilden
Sie sich
weiter!*



**Weiterführende
Informationen,
Termine & Anmeldung:**

www.schuldenberatung.at/fortbildung

Kontakt:

ASB Schuldnerberatungen GmbH
Dachorganisation der staatlich
anerkannten Schuldenberatungen
asb@asb-gmbh.at

„Sozialpolitik ist die effektivste Kriminalpolitik.“

NEUSTART Kriminalpolitische Positionen

NEUSTART

**LEBEN OHNE KRIMINALITÄT.
WIR HELFEN.**